



N i e d e r s c h r i f t

10. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin: Montag, 13.09.2010
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Jahn, Rosemarie
Herr Gloger, Peter
Herr Schulz, Raimund
Herr Bülow, René
Frau Hahn-Fricke, Angelika bis 18:40 Uhr (TOP 3.3)
Frau Helmrich, Ingrid
Herr Schulz, Dietmar
Herr Voss, Uwe bis 18:40 Uhr (TOP 3.3)
Herr Bruß, Volker
Herr Günther, Gerd
Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen
Herr Wersig, Jens
Herr Senger, Markus Vertretung für: Herrn Kittler, Heinz-Michael bis 19:25 Uhr (TOP 3.4)
Herr Schrader, Thomas
Frau Pawlik, Anke, Kreissenorenbeirat
Herr Thun, Heinrich, Kreissenorenbeirat
Herr Wilken, Arnold KT-Abg. als Gast ab 19:15 Uhr (TOP 3.4) bis 19:50 Uhr (TOP 4.1)
Herr Wulf, Henning KT-Abg. als Gast bis 18:30 Uhr (TOP 3.2)
Herr Schröder, FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Dr. Warlies, FBL Gesundheit für Mensch und Tier
Frau Dr. Hakimpour-Zern, FDL Gesundheit
Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Kittler, Heinz-Michael entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2010
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Demografischer Wandel, Bericht der Beratungsstelle für ältere Bürger und ihre Angehörigen – Pflegestützpunkt Kreis Segeberg
 - 3.2 Sicherung der Pflege von älteren Menschen ist eines der Zukunftsthemen unserer Gesellschaft
Antrag Kreissenorenbeirat
Vorlage: DrS/2010/093
 - 3.3 Quartalsbericht II/2010
Vorlage: DrS/2010/085
 - 3.4 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg 2008 - 2009
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Regionale Psychiatrieplanung – aktueller Sachstand
 - 4.2 Haushaltbegleitgesetz – Änderung der Krankenhausfinanzierung
 - 4.3 Landesrechnungshof – Prüfbericht Lebensmittelüberwachung
 - 4.4 Bericht der Verwaltung zu den durch den MDK festgestellten Pflege-transparenznoten im Kreis Segeberg
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt die anwesenden Gäste.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende weist daraufhin, dass Frau Dr. Boxhammer von der Beratungsstelle für ältere Bürger und ihre Angehörigen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne. Der Tagesordnungspunkt 3.1 solle daher auf die nächste Sitzung vertagt werden. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2010

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Demografischer Wandel, Bericht der Beratungsstelle für ältere Bürger und ihre Angehörigen – Pflegestützpunkt Kreis Segeberg

Tagesordnungspunkt vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 3.2 Sicherung der Pflege von älteren Menschen ist eines der Zukunftsthemen unserer Gesellschaft Antrag Kreissenioresenbeirat Vorlage: DrS/2010/093

Die Vorsitzende bittet einfürend darum im Text der Resolution statt des Datum 01.10.2010 „zum nächstmöglichen Termin“ einzufügen. Frau Pawlik erklärt dazu, dass der 01.10 gewählt worden sei, da dies der Beginn des neuen Schuljahres sei. Im Sozialausschuss sei dieses Datum nicht weiter thematisiert worden. Sie könne jedoch auch der Anregung der Vorsitzenden zustimmen. Herr Schröder verweist auf den Bericht des Landes zu diesem Thema. Dieser ist dem Protokoll angefügt. Anschließend wird im Ausschuss intensiv die Frage diskutiert, ob der Ausschuss ebenfalls einen Appell beschließen solle, dass es zukünftig eine Pflegeschule im Kreis Segeberg geben solle und der Beruf des Altenpflegers ein eigenständiger Ausbildungsberuf werden solle. Herr Voss beantragt, dass über die Resolution und einen entsprechenden Appell getrennt abgestimmt werde. Anschließend stellt die Vorsitzende die Resolution zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Landesregierung und das Parlament werden aufgefordert, mit der Ausbildung weiterer qualifizierter Altenpflegerinnen und Altenpfleger der Entwicklung in Richtung Pflegenotstand Einhalt zu gebieten. Wir fordern die Aufstockung der **finanzierten** Ausbildungsplätze in der Altenpflege zum nächstmöglichen Termin.

Begründung: Der Kreis Segeberg verfügt über keine Altenpflegeschule. Derzeit besuchen die Schüler die Altenpflegeschule in Neumünster. Hier besteht eine Wartezeit von einem Jahr. Das Fahrgeld muss von den Auszubildenden selbst übernommen werden, ebenso das Schulgeld (z. Zt. Euro 290 monatlich), wenn sie keinen **geförderten** Platz bekommen, Hinzu kommt, dass es in Randlagen (Beispiel Norderstedt - Hamburg) nicht möglich ist, die Altenpflegeschule in Hamburg zu besuchen.

Altenpflegerinnen und Altenpfleger leisten einen wichtigen Beitrag zu einem guten gesellschaftlichen Miteinander, auch deshalb ist es wichtig, die Bereitschaft junger Menschen, diesen schweren und verantwortungsvollen Beruf zu ergreifen, zu fördern und den Einstieg zu erleichtern. Der Bedarf an Pflegefachkräften wird auf Grund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter ansteigen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 8 Ablehnung: 1 Enthaltung: 3

Anschließend wird im Ausschuss erneut die Frage der Formulierung eines Appells diskutiert und ob ein solcher beschlossen werden solle. Dazu unterbreitet Herr Dr. Warlies dem Ausschuss einen Formulierungsvorschlag. Diesen stellt die Vorsitzende anschließend zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss fordert die Schaffung eines eigenständigen Ausbildungsberufes „Altenpflege“ mit einem Standort im Kreis Segeberg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.3 Quartalsbericht II/2010
Vorlage: DrS/2010/085**

Herr Schröder erläutert dem Ausschuss den Teil des Quartalsberichtes zum Fachbereich II. Es gebe zwei Ausreißer gegenüber der Planung. Zum einen bei der Kfz-Zulassung, dort sei die Zahl der Neuzulassungen deutlich zurückgegangen, und zum anderen im Bereich der Ahnung von Verkehrsordnungswidrigkeiten. Ein Grund dafür sei unter anderem die geänderte Arbeitsweise der Polizei. Er erläutert, dass die Verwaltung sich diesbezüglich im Austausch mit der Polizei befinde.

Anschließend erläutert Herr Dr. Warlies den Teil des Fachbereiches IV. Fazit sei, dass es voraussichtlich nur minimale Abweichungen zu den Ansätzen gebe. Daneben erläutert er auf Nachfrage von Herrn Bruß die Situation rund um den Gebührenrechtsstreit mit einem Großschlachtbetrieb im Kreis Segeberg. Der Streitwert betrage inzwischen rd. 5 Mio. Euro. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 3.4 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg 2008 - 2009

Herr Schröder erläutert dem Ausschuss die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes zum Bereich des Fachdienstes 32.00. Zum Bereich der Heimaufsicht führt er aus, dass das RPA diesen eher ordnungsrechtlich betrachtet habe. Aus Sicht der des Fachbereiches komme dabei der Ansatz des Gesetzes, wonach die Heimaufsicht ebenfalls beraten solle, zu kurz. Er erklärt jedoch, dass der Fachdienst die Hinweise des Prüfungsamtes in angemessener Weise zum Ansatz des Gesetzes umsetzen werde. Die Vorsitzende verweist anschließend auf Punkt Nr. 5 der Feststellungen auf Seite 35. Sie spreche sich dafür aus, dass wie bisher auch an den jährlichen Regelprüfungen festgehalten werde. Nach der weiteren Beratung einzelner Feststellungen des Berichtes erklärt der OVG-Ausschuss einstimmig, dass er die Heimaufsicht bei ihrer Arbeit unterstütze und sich dafür ausspreche, dass es auch weiterhin eine Regelprüfung in jedem Heim geben solle. Daneben unterstütze er die Stellungnahme der Heimaufsicht.

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Regionale Psychiatrieplanung – aktueller Sachstand

Frau Dr. Hakimpour-Zern berichtet dem Ausschuss mittels einer Power Point Präsentation zur regionalen Psychiatrieplanung. Diese ist dem Protokoll angefügt. Sie weist daraufhin, dass in der Arbeitsgruppe „Psychiatrieplanung“ aktuell eine Verwaltungskraft fehle. Die entsprechende Organisationsuntersuchung weise diesen Bedarf ebenfalls aus. Ohne diese zusätzliche Verwaltungskraft stagniere der Versand und die Auswertung des erarbeiteten Fragebogens. Herr Dr. Warlies ergänzt dazu, dass im Rahmen des Strategischen Managements betont worden sei, dass dieser Bereich wichtig sei. Er führt ebenfalls aus, dass es innerhalb der Verwaltung aktuell mehrere Personalbedarfe gebe. Er hoffe auf eine Entscheidung im September, ob diese zusätzliche Verwaltungskraft zur Verfügung gestellt werde.

Abschließend geht der Ausschuss auf die Einrichtung einer Tagesklinik in Norderstedt und die dortige Beratung im Fachausschuss ein. Herr Gloger sagt zu, dieses bei der Stadt Norderstedt noch einmal zu thematisieren.

zu 4.2 Haushaltbegleitgesetz – Änderung der Krankenhausfinanzierung

Herr Dr. Warlies erläutert dem Ausschuss die Krankenhausfinanzierung. Sein Bericht dazu ist dem Protokoll angefügt. Anschließend erklärt er auf Nachfrage von Herrn Sass-Olker, dass der Kreis nicht beurteilen könne, welche Auswirkungen das neue Berechnungsmodell auf die Krankenhausträger haben könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3 Landesrechnungshof – Prüfbericht Lebensmittelüberwachung

Herr Dr. Warlies berichtet, dass der Landesrechnungshof 2008 die Wahrnehmung der Lebensmittelüberwachung beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und beim Landesbetrieb Landeslabor Schleswig-Holstein sowie bei den Kreisen und kreisfreien Städten geprüft habe. In dem anschließenden Bericht treffe der Landesrechnungshof die Kernaussage, dass die Lebensmittelüberwachung nicht den rechtlichen Vorgaben entspreche. Unter anderem komme der Landesrechnungshof zu der Auffassung, dass die Kontrolle der Urproduktion nur in Ausnahmefällen erfolgt sei, einige Veterinärämter die angeordneten Maßnahmen nicht mittels Verwaltungszwang durchsetzen würden und einige Veterinärämter grundsätzlich davon absehen würden, Ordnungswidrigkeiten mit einem Bußgeld zu ahnden. Anschließend erläutert Herr Dr. Warlies die Stellungnahme des Kreises zu diesen Punkten, welche das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gefordert habe. Die Kontrollen im Bereich der Urproduktion erfolgen nur anlassbezogen, da die begrenzten Personalressourcen in Betrieben eingesetzt werden, welche ein höheres Risiko für den Verbraucherschutz darstellen. Im Kreis Segeberg werde bei betrieblichen Mängeln ein verwaltungsrechtliches Verfahren eingeleitet und erforderlichenfalls mit Hilfe des Verwaltungszwangs durchgesetzt. Im Jahr 2009 seien im Bereich der Lebensmittelüberwachung 36 Bußgeldverfahren eingeleitet worden. Somit treffen die beiden letztgenannten Feststellungen des Landesrechnungshofes nicht auf den Kreis Segeberg zu.

Abschließend führt er aus, dass man eine in 2010 zusätzlich bewilligte 0,5 Planstelle eines Lebensmittelkontrolleurs zum 1. September 2010 zunächst befristet auf ein Jahr habe besetzen können.

Der Ausschuss nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis.

zu 4.4 Bericht der Verwaltung zu den durch den MDK festgestellten Pflegegradnoten im Kreis Segeberg

Herr Schröder verteilt einen Bericht zu den Pflegegradnoten im Ausschuss. Auffällig sei, dass die Noten in Schleswig-Holstein bundesweit gesehen am schlechtesten ausgefallen seien. Grund dafür sei, dass der MDK in den einzelnen Ländern unterschiedliche Maßstäbe ansetze. Anschließend verweist er auf die Noten der einzelnen Einrichtungen im Kreis Segeberg. Der

Trend gehe insgesamt leicht nach oben. Trotzdem hätten einige Einrichtungen gegen die Benotung Klage eingereicht. Anschließend verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung zu den Pflegetransparentennoten, welche er ebenfalls verteilt habe. Auf Nachfrage von Herrn Gloger führt er aus, dass sich die Ergebnisse der Prüfung durch den MDK teilweise mit denen der Heimaufsicht decken würden. Jedoch gelte dies nicht grundsätzlich, da sich die Prüfung des MDK in erster Linie auf die Dokumentation gerichtet habe. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Günther weist daraufhin, dass die Sitzungstermine der Kreisgremien nicht in der Presse abgedruckt seien. Die Vorsitzende führt aus, dass sie dieses bereits wiederholt angesprochen habe.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

In der nächsten Sitzung solle der heute abgesetzte Tagesordnungspunkt 3.1 erneut vorgesehen werden. Darüber hinaus solle das Thema Hebammen aufgenommen werden.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)